

Keine Frage (nur) des Alters: Pflege bereichsübergreifend denken und entwickeln

Empfehlungen zum Zusammenwirken aller Kräfte für eine gesundheitsorientierte pflegerische Versorgung in allen Regionen im Land Brandenburg

Pflege in Brandenburg bereichsübergreifend denken und entwickeln

Für die Brandenburger Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bedeutet Pflege mehr als nur die reine Pflegeleistung am einzelnen Menschen. Pflegebedürftigkeit entwickelt sich über einen längeren Zeitraum und betrifft den Einzelnen und sein soziales Umfeld. Pflege mit allen Aspekten und involvierten Akteuren umfasst den Lebens- und Sozialraum insbesondere unserer älter werdenden Gesellschaft. Daher ist ein gemeinsames, bereichs- und politikübergreifendes Planen und Handeln aller notwendig.

Die pflegerische Infrastruktur wird getragen von privatwirtschaftlichen, frei-gemeinnützigen oder kommunalen Pflegeanbietern. Im ländlichen Raum und in der Familie wird Pflege wesentlich durch hohes privates Engagement und private Initiativen getragen. Diese Infrastruktur muss angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, bereichsübergreifend weiterentwickelt werden. Sie muss sich öffnen für neue Netzwerke und bisher ungewohnte Kooperationen unter Beteiligung der regionalen Verwaltungen und lokaler Zivilgesellschaft. Wenn uns das gelingt, kann dies ein wichtiger Beitrag sein, die pflegerische Versorgung zu sichern und drohende Unterversorgung gerade in ländlichen Regionen im Land Brandenburg abzuwenden.

- **Unsere Empfehlung an die künftige Landesregierung:**
Führen Sie den begonnenen Weg fort und fördern Sie konsequent eine sektoren- und bereichsübergreifende Pflege- und Sozialraumplanung unter Berücksichtigung aller Akteure. Nur so kann ein Pflegekollaps im Land Brandenburg abgemildert werden!

Pflege endlich präventiv angehen und geriatrische Rehabilitation stärken

Wir brauchen in der Pflege ein grundsätzliches Umdenken: Weg von der nachträglich orientierten Behebung von bereits eingetretenen Defiziten hin zu stärker präventiven Ansätzen. Bleiben wir auf dem bisher üblichen Weg, führt dies – wie in der aktuellen demografischen Entwicklung erkennbar – am Ende zu einer kaum kalkulierbaren Belastung des Sozialsystems. Stattdessen sollte eine Anerkennung vorausschauender Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Förderung vorwegnehmender Angebote zum Gesundheitserhalt unser künftiges Verständnis von Pflege prägen. Vieles davon sollte auf Bundesebene geregelt werden. Der Bund hat sich bisher jedoch um die notwendige Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes gedrückt. Deshalb muss auf den Bundesgesetzgeber weiter Druck ausgeübt werden, endlich die dringend erforderlichen Reformen anzugehen, der Prävention das gebotene Gewicht zu verleihen um mittel- bis langfristig die Pflegeprävalenz zu verringern. Ein konkreter Schritt kann beispielsweise eine unbürokratische Erweiterung der Finanzierung von Wohnraumanpassungen sein, um die Gefahr von Stürzen zu vermeiden. Dazu gehören präventive Hausbesuche, die im Vorfeld von Pflege durchgeführt werden und den Fokus auf das Herausögern des Eintritts von Pflegebedürftigkeit legen. Neben präventiven Angeboten ist es nötig, die geriatrische Rehabilitation als Leistung der Krankenkassen zu stärken und pflegerisches Handeln im Sinne eines „gesundheitsfördernden Haltungswandels“ im Rahmen von Pflege- und Betreuungskonzepten zu befördern. Ziel der Aktivitäten muss sein, den Erhalt der Selbständigkeit zu fördern, damit Brandenburgerinnen und

Brandenburger möglichst lange und sicher im eigenen zu Hause bleiben können. Ganzheitlich betrachtet sollten die Lebensbedingungen aller Brandenburgerinnen und Brandenburger so ausgerichtet sein, dass gesundheitsförderndes Verhalten grundsätzlich möglich ist (Verhältnisprävention).

- **Unsere Empfehlung an die künftige Landesregierung:**
Setzen Sie sich konkret für die nachhaltige Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ein und entwickeln eine Brandenburger Präventionsstrategie als Fortführung des Präventionsgesetzes auf Bundesebene. Die Strategie sowie eine etablierte Landespräventionskonferenz sollte alle Akteure im Gesundheits-, Pflege-, Ernährungs- und Präventionsbereich vernetzen und verpflichtend darauf hinwirken, Krankheiten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. hinauszuzögern.

Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur: Neue Wege, Kooperationen und Versorgungsformen

In der Pflege fehlt es an Personal und zu häufig an der Flexibilität der Finanzierung. Gleichzeitig steigt die Zahl der Pflegebedürftigen und somit der Bedarf an Pflegekräften kontinuierlich. Wir müssen in Zukunft neue Wege gehen und Synergien ausschöpfen um mehr ältere Menschen betreuen zu können. Erste Ansätze dafür können sein:

- Generationsübergreifende Zusammenarbeit: Jugendliche pflegen den Garten eines Altenheims oder Kinder verbringen nachmittags gemeinsame Zeit mit Seniorinnen und Senioren oder machen kleine Besorgungen (Beispiel ambulant: Taschengeldbörse). Das trägt zum gegenseitigen Verständnis und zur sozialen Teilhabe bei. Dafür ist notwendig: Die Übernahme von über anderen Förderungen hinausgehenden Honorar- oder Personalkosten durch die Kostenträger zur Erstellung von Konzepten der Organisationsentwicklung sowie der Entwicklung und Umsetzung von Kooperationsprojekten. Denn bisher fehlt es den Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten hierfür an den notwendigen personellen und/oder wirtschaftlichen Ressourcen.
- Flexibilisierung der Versorgungsstrukturen: Künftig müssen mehr Pflegebedürftige von weniger Pflegepersonal versorgt werden. Es sollten daher stationäre Angebotsformen entwickelt werden, die mit weniger Pflegekräften auskommen. Erste Ansätze dafür können die Einbindung Angehöriger in den Pflegealltag sein bei Absenkung der Pflegekosten des versorgten Pflegebedürftigen oder die Zusammenführung ambulanter Pflegeangebote in Pflege-Wohngemeinschaften.
- Stärkung der sozialen Landwirtschaft: Betreuungs-, Pflege- oder Wohnangebote werden mit landwirtschaftlicher Tätigkeit verknüpft und werden so zu neuen Angeboten. Senioren und Seniorinnen helfen soweit möglich in der Landwirtschaft mit und werden umgekehrt versorgt im Sinne von betreuten ländlichen Wohngemeinschaften.
- Vernetzung von ÖPNV und Pflege: Gerade im ländlichen Raum ist es für Beschäftigte schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsort und zurückzukommen. Häufig genug ist das der Grund, warum Stellen in Pflegeeinrichtungen auf dem Land unbesetzt bleiben und Auszubildende ihre Ausbildung abbrechen. Gezielte Unterstützung mit Fahrdiensten oder Bürgerbussen können Abhilfe schaffen. Nötig ist dafür die Bereitschaft, gemeinsam mit der Kommune passgenaue Lösungen zu entwickeln.
- Ausbau von Mobilitätshilfediensten: Bürgerbusse oder Fahrdienste, die für Einkaufs- und Arztfahrten auch von Pflegebedürftigen der Pflegegrade 1 bis 3 ohne fremde Hilfe genutzt werden können, bieten gerade im ländlichen Raum konkrete Unterstützung im Alltag und fördern so die Selbständigkeit.

- **Unsere Empfehlung an die künftige Landesregierung:**
Setzen Sie sich konsequent für die weitere Förderung von Maßnahmen zur bedarfsgerechten Sozialraumplanung und Quartiersentwicklung ein. Stärker als bislang müssen dabei bereichsübergreifend die Aspekte Bauen und Wohnen, Arbeit und Familie, Umwelt sowie Mobilität berücksichtigt werden.

Finanzierung von Pflege neu denken

Im bisherigen System der Pflegeversicherung belasten sämtliche Veränderungen finanziell die Pflegebedürftigen. Jede Qualitätsverbesserung, wie die Erhöhung des Personalschlüssels, und jede Vergütungssteigerung wird auf die Versicherten umgelegt. Besonders die gesetzliche Einführung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die dringend erforderliche Refinanzierung von tariflichen Lohnsteigerungen haben zu Erhöhungen der Eigenanteile der Pflegebedürftigen geführt. Um eine verlässliche Refinanzierung für die bereits erfolgten und zukünftig dringend erforderlichen gesetzlichen Änderungen zu schaffen, muss die Finanzierung der Pflege grundsätzlich neu aufgestellt werden. Ein Systemwechsel kann erreicht werden durch ...

- ... eine Pflegevollversicherung mit begrenzter Eigenbeteiligung.
 - ... eine Begrenzung der Eigenbeteiligung der Pflegebedürftigen auf einen Festbetrag.
 - ... die Übernahme der Kostensteigerungen der pflegebedingten Leistungen durch die Pflegeversicherung oder Finanzierung aus Steuern. Die Deckelung der Eigenanteile ist dabei nicht auf Pflegebedürftige in der stationären Pflege zu beschränken, denn über 70 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden bundesweit in Privathaushalten durch An- und Zugehörige und ambulante Pflegedienste versorgt.
 - ... den Umstieg auf ein servicebasiertes Pflegesystem, bei dem Pflegepersonen in ein sozialversicherungs-pflichtiges Feststellungsverhältnis wechseln, um späterer Altersarmut vorzubeugen.
- **Unsere Empfehlung an die künftige Landesregierung:**
Setzen Sie sich auf der Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein und vermeiden Sie so einen nicht abzuschätzenden Anstieg von Altersarmut bei Pflegebedürftigen in Brandenburg und einer nicht kalkulierbaren Überlastung des Sozialsystems.

Fortschrittsbremse Digitalisierung

Ohne umfassende digitale Infrastruktur werden einige Regionen im Land Brandenburg mittelfristig von einer zukunftsfähigen Entwicklung abgehängt. Das gilt für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ebenso wie für andere Wirtschaftsbereiche. Die Aktivitäten des Landes haben bisher nicht ausgereicht, um beispielsweise in allen ländlichen Regionen für stabile Internetzugänge zu sorgen. Das sorgt für Frust und lähmt den Transformationsprozess in der Pflege. Gleichzeitig wird die Telematikinfrastruktur ab 2025 verpflichtend für die Pflege und weitere Gesundheitsbereiche eingeführt.

- **Unsere Empfehlung für die künftige Landesregierung:**
Machen Sie es endlich zur vordringlichen Aufgabe, eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in allen Regionen im Land Brandenburg zu schaffen! Die Nutzung digitaler Anwendungen im gesamten Gesundheitsbereich hat unmittelbare Auswirkungen auf die Belastung von Pflegekräften und Pflegebedürftigen. Eine umfassende Digitalisierung der Prozesse sorgt für weniger Druck auf Beschäftigte und Einrichtungen in der Pflege und macht das Berufsfeld attraktiver!

Pakt für Pflege 2.0

Der Pakt für Pflege ist ein kluges, und für die verschiedenen Bedarfe im Land Brandenburg folgerichtig ausgelegtes Förderprogramm, das in der kommenden Legislatur unbedingt fortgeführt und ausgeweitet werden muss. Ein Ende des Paktes würde nicht nur die jahrelange Vorbereitung und Entwicklung alternativer und ergänzender Hilfen und Strukturen zunichte machen, sondern auch jede Chance nehmen den erwarteten Kollaps des Pflegesystems abzuwenden! Eine verantwortungsvolle Politik muss im Gegenteil die Initiativen und Aufbrüche nach besten Möglichkeiten fördern und um weitere Bausteine ergänzen. Um der weiter steigenden Zahl an Pflegebedürftigen, deren Versorgung und dem gleichzeitigen Fachkräfteschwund in Brandenburg begegnen zu können muss die Pflegeinfrastruktur konsequent weiter ausgebaut und entwickelt werden. Auf folgende Förderschwerpunkte sollte ein Pakt für Pflege 2.0 setzen:

- Förderung einer „Fachkräftesicherung vor Ort“: Die vorhandenen Pflegekräfte müssen bestmöglich aus- und weitergebildet werden. Neue Kräfte gilt es, schnellstmöglich einzugliedern und zu qualifizieren. Dafür brauchen Träger der Pflegeeinrichtungen Unterstützung bei der
 - Aus- und Weiterbildung von Management-, Personalverantwortlichen und Führungskräften,
 - Qualifizierung, dem Coaching und der Beratung zu Personalentwicklungsthemen,
 - Entwicklung regionaler Koordinationsstrukturen in den Bereichen Gesundheitsmanagement, Fort- und Weiterbildung/Qualifizierung und Ausbildung.

- Unterstützung in der Fachkräftegewinnung: Ob in der Schule oder nach der Elternzeit – der Einstieg in die Pflege muss möglichst leicht und die Vorteile bekannt sein. Dafür müssen Träger beim Ausbau und der Förderung von Schüler- und Berufspraktika besser beraten und die berufs begleitende Nachqualifizierung gestärkt werden. Das kann gelingen durch
 - eine stärkere Berufsorientierung und Förderung der Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort,
 - die Anerkennung von Vorerfahrungen beim Studium nach einer Ausbildung,
 - ein Rückkehrerprogramm zum Wiedereinstieg von Pflegekräften nach einer Auszeit,
 - eine landesweite Imagekampagne für Pflegeberufe.

- Förderung des Technikeinsatzes in Pflege und Verwaltung: Eine gezielte Förderung zur Entwicklung effizienter Verwaltungsabläufe, dem Technikeinsatz im Arbeitsalltag (bspw. Wohnraumüberwachung, Exoskelette, Tablet-Roboter) und dem Ausbau der Telemedizin ist für eine attraktive Entwicklung des Berufsfeldes dringend notwendig. Zudem: Der Einsatz von digitalen und technischen Hilfs- und Arbeitsmitteln schafft Ressource, das ist erwiesen.

- Förderung bereichsübergreifender Projekte: Unterstützung von Kommunen bei der Erstellung von generationenübergreifenden „Gesamtkonzepten“ (Bauen, Wohnen, Arbeiten, Umwelt, Mobilität, Carearbeit) mit dem Ziel, als Kommune attraktiv für Familien und damit für potenzielle Pflegekräfte zu sein.

- Ausbau der Beratungs-Infrastruktur: Beratungsangebote sollten über die Pflegestützpunkte hinaus erweitert und im Kontext der vorhandenen „Sozialstationen“ vor allem in ländlichen Regionen eingerichtet werden. Dort können ambulante Pflegedienste bedarfsgerechte und möglichst lokale Beratung zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung anbieten, zusätzlich können diese auch für soziale und kulturelle Angebote für den Zusammenhalt vor Ort genutzt werden. Wir empfehlen den Aufbau einer digitalen Beratungsplattform.

- Stärkung des Zusammenwirkens von Kommunen und Arztpraxen: Das in den Landkreisen Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark und Elbe-Elster sowie den Städten Brandenburg/Havel Frankfurt/Oder erfolgreiche Programm der „Gemeineschwestern“ gilt es, flächendeckend zu befördern. Im Sinne eines „Community Health Nursing“ übernehmen ausgebildete Pflegefachpersonen die primäre Gesundheitsversorgung von Patienten und

Pflegebedürftigen durch Hausbesuche, Kontrolle der Medikamenten-Einnahme, Folgeverschreibungen von Medikamenten oder die Organisation von Arztterminen. Sie können von Haus- und Fachärzten eingesetzt werden oder über die Kommune die Gesundheitsversorgung und Vernetzung der relevanten Akteure vor Ort übernehmen.

- Beförderung kommunaler, politikübergreifender Kooperationen:
Vernetzung zwischen Kommune, Jobcenter, Sozialplanungen und Trägern der Pflegeeinrichtungen zur Entwicklung einer Willkommens- und Bleibekultur für Migrant*innen und im Ausland angeworbenen Fach- und Hilfskräften, in den städtischen und ländlichen Regionen Brandenburgs.
- Verknüpfung mit bestehenden Projekten: Die ergänzende Unterstützung bestehender kommunaler Projekte, wie beispielsweise der „Integrierten ländlichen Entwicklung“ (der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, GAK), damit sie in diesem Rahmen medizinische und pflegerische Versorgungen anbieten können, z.B. für wöchentlich stattfindende Beratungsangebote zu Pflege Themen oder für Präventionskurse der Krankenkassen.

➤ **Unsere Empfehlung an die künftige Landesregierung:**

- **Geben Sie ein belastbares Bekenntnis zum Pakt für Pflege ab und verstetigen Sie das Programm langfristig, damit die Akteure eine verlässliche Planungsperspektive erhalten und so Projekte initiieren können, die über ihre Laufzeit hinauswirken.**
- **Verankern Sie das Programm „Pakt für Pflege 2.0“ im Brandenburger Landespflegegesetz.**
- **Unterstützen Sie Kommunen und Kreise dabei, erfolgreiche Projekte in eine Regelfinanzierung zu überführen.**
- **Stocken Sie das Förderprogramm - wie im Koalitionsvertrag 2019 ursprünglich geplant - auf 30 Mio. Euro auf.**